

# Übersichten

November 1998

## Außenpolitik

### 1 Enttäuschungen beim Japanbesuch Jiang Zemins

Vom 26.11. bis 1.12.1998 besuchte Jiang Zemin den Nachbarstaat Japan. Es war dies die erste Visite eines chinesischen Staatsoberhauptes in Japan seit Gründung der Volksrepublik. Unmittelbarer Anlaß war der 20. Jahrestag der Unterzeichnung des chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrags. Darüber hinaus sollte der Besuch aber vor allem eine neue Ära in den beiderseitigen Beziehungen markieren. Herausgekommen ist jedoch eine Enttäuschung. Zwar wurden zwei Abkommen, nämlich zur Förderung des Umweltschutzes und des gegenseitigen Besuchs von Jugendlichen unterzeichnet. Im übrigen redeten die Parteien jedoch meist aneinander vorbei, vor allem in den zwei der chinesischen Seite besonders am Herzen liegenden Fragen, nämlich der „Vergangenheitsbewältigung“ durch Japan und der Taiwanfrage. Dabei hatte es bis vor kurzem noch den Anschein gehabt, als befänden sich die Beziehungen der beiden Nachbarn in einem Prozeß ständiger Aufwärtsentwicklung:

Am 29. September 1972 waren die diplomatischen Beziehungen aufgenommen, am 5. Januar 1974 ein Handels-

abkommen unterzeichnet und am 18. April 1975 ein chinesisch-japanischer Handlungsausschuß eingerichtet worden.

Am 12. August 1978 hatten beide Seiten den „Vertrag über Frieden und Freundschaft“ unterzeichnet, der nach Ratifizierung durch die beiden Seiten am 23. Oktober 1978 in Kraft getreten war: Anlaß für den diesmaligen Besuch Jiang Zemins. Innerhalb kurzer Zeit kam damals auch Deng Xiaoping zweimal nach Japan, nämlich vom 22. bis 29. Oktober 1978 und vom 6. bis 8. Februar 1979 – anlässlich eines USA-Besuchs des damaligen „Stellvertretenden Ministerpräsidenten“.

Seitdem kamen zahlreiche Regierungschefs auf Besuch – von japanischer Seite Nakasone (im März 1984 und im November 1986), Takeshida (August 1988), Hosokawa (März 1994), Murayama (Mai 1995) und Hashimoto (September 1997). Besonderen Eindruck auf China hinterließ die Visite des japanischen Kaisers Akihito vom 23. bis 28. Oktober 1992.

Beim Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone im März 1984 war die Gründung des „Ausschusses für japanisch-chinesische Freundschaft im Hinblick auf das 21. Jahrhundert“ beschlossen worden.

Umgekehrt reisten folgende chinesische Spitzenpolitiker nach Japan: KP-Generalsekretär Hu Yaobang im November 1983, NVK-Vorsitzender Peng Zhen (April 1985), Ministerpräsident Li Peng (April 1989 und November 1997), Jiang Zemin (damals in seiner Eigenschaft als KPCh-Generalsekretär) (April 1992), der Stellvertretende NVK-Vorsitzende Wan Li (Mai 1992), der (damalige) Stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji (Februar 1994), Außenminister Qian Qichen (März 1996) und der Stellvertretende Staatspräsident Hu Jintao (April 1998).

In aller Regel standen diese Besuche im Zeichen von Wirtschaftskontakten. Doch gab es schon früh auch Querelen über fünf Punkte, die im chinesisch-japanischen Verhältnis zumindest aus chinesischer Perspektive als offene Wunden gelten, nämlich über die Frage der Vergangenheitsbewältigung, über das Taiwanproblem, über den japanischen Militarismus, über „Ungleichgewichte“ im bilateralen Handel und über den Diaoyutai/Senkaku-Streit.

Im einzelnen:

– Am 15. August 1985 besuchte der damalige Premier Nakasone beispielsweise den Yasukuni-Schrein, in dem einige der als Kriegsverbrecher verurteilten japanischen Generäle als *kami* verehrt werden. Am 19. September hatte das chinesische Außenministerium gegen diesen Besuch protestiert: Er verletze die Gefühle des chinesischen Volkes, hieß es. Am 7. Juni 1986 präsentierte das chinesische Außenministerium den Japanern ein Protestschreiben, in dem Beschwerde über die Verzerrung der jüngeren japanischen Geschichte in offiziellen Lehrbüchern für Höhere Schulen geführt wurde. Das Textbuch sei ausdrücklich vom japanischen Erziehungs- und Kultusministerium genehmigt worden. Nach intensiven und kontrovers geführten Diskussionen in Japan gab Ministerpräsident Nakasone schließlich am 16. September 1986 vor dem Parlament eine Erklärung ab, in der es hieß, daß „die Invasion Chinas durch den japanischen Militarismus nicht geleugnet werden“ könne. Eine etwas weitergehende Entschuldigung sprach Ministerpräsident Hosokawa 1994 aus, der als erster Nicht-LDP-Politiker 1994 an die Macht gekommen war. Ministerpräsident Murayama besuchte bei seiner Visite im Mai 1995 auch das „Antijapanische Kriegsmuseum an der Lugouqiao/Marco-Polo-Brücke“, und Ministerpräsident Hashimoto stattete bei seinem Besuch im September 1997 dem „Museum zum Zwischenfall vom 18. September“ in Shenyang, dem einstigen Mukden, einen Besuch ab.

All diese „halben Schritte“ sollten nun, beim Besuch Jiang Zemins, durch eine klare schriftliche Entschuldigungserklärung abgerundet werden. Doch hatte Jiang auch diesmal die Rechnung ohne den Wirt gemacht!

– Auch die Taiwanfrage ist im Verlauf der vergangenen 20 Jahre zwischen beiden Seiten in ermüdender Weise immer wieder zur Sprache gekommen, besonders, nachdem die japanische Regierung dem Vizepräsidenten des taiwanischen Exekutiv Yuan, Xu Lide, im September 1994 erlaubt hatte, nach Japan zu reisen, und zwar unter dem Vorwand des Besuchs der Asienspiele.

Auch zur Taiwanfrage wollte sich Jiang diesmal eine unzweideutige schriftliche Erklärung abholen – wiederum ohne Erfolg!

– Neben der „japanischen Aggression“ von 1937-45 und der Taiwan-

frage stand auch die verstärkte japanisch-amerikanische Sicherheitsallianz im Mittelpunkt der Gespräche. Sie war im Frühjahr 1998 revitalisiert worden, und zwar mit der Vereinbarung, daß Japan im militärischen Ernstfall den US-Flotten logistische Unterstützung gewähren wolle, soweit Sicherheitsprobleme „in der Umgebung Japans“ zu bereinigen seien. Beijing stellte damals spontan die Frage, ob zu dieser „unmittelbaren Umgebung“ auch Taiwan gehöre; denn man war sich in der VRCh sehr wohl der Tatsache bewußt, daß die Erneuerung der amerikanisch-japanischen Sicherheitsallianz mit den Drohgebärden der VR China gegenüber Taiwan im März 1996 zu tun hatte.

Das „Militarismus“-Thema war von dem als „überaus direkt“ bekannten Deng Xiaoping bereits im Juni 1987 angesprochen worden, als eine Delegation der japanischen Komeito nach China gekommen war.

– Bei gleicher Gelegenheit hatte sich Deng auch über das permanente – und wachsende – Ungleichgewicht im Handel zwischen beiden Seiten beschwert.

– Auch eine fünfte Frage, nämlich der Streit um die Diaoyutai-Insel, war immer wieder zur Sprache gekommen, so u.a. am 27. Oktober 1990 und am 20. September 1996 – ausgelöst durch die Ankündigung rechtsgerichteter japanischer Gruppierungen, demonstrativ der Insel einen Besuch abzustatten.

Was die Visite Jiang Zemin's diesmal besonders belastete, waren zahlreiche Proteste rechtsgerichteter Gruppierungen, deren Mitglieder während des Tokyo-Besuchs Jiangs zu Hunderten durch die Straßen patrouillierten und dabei Konvois von teilweise bis zu 60 Lkws und Pkws bildeten, wobei sie per Lautsprecher forderten, „Jiang aus Japan hinauszuerwerfen“ und augenblicklich alle „Yen-Kredite einzustellen“. „Wach endlich auf, Außenministerium!“, hieß es. Während der ganzen Besuchstage hatte Tokyo ständig rund 10.000 Polizisten zu Sicherheitsmaßnahmen einzusetzen (SCMP, 28.11.98).

Als Jiang Zemin am 29.11. in der Tokyoter Waseda-Universität einen Vortrag hielt, bei dem er die Japaner aufforderte, ihre militaristische Vergangenheit und den Tod von 35 Mio. Chinesen sowie den wirtschaftlichen Schaden von 600 Mrd. US\$ nicht zu vergessen, den japanische Truppen in China angerichtet hätten, entfalteten De-

monstranten im Hörsaal ein Transparent mit der Aufschrift „Nieder mit dem Jiang-Regime“. Zwar wurden drei Demonstranten auf der Stelle festgenommen, doch konnte die Polizei nicht verhindern, daß gleichzeitig vor der Universität Studenten gegen chinesische Atomwaffentests sowie gegen Menschenrechtsverletzungen in China protestierten.

Ähnlich wie bei der Walsler-/Bubis-Kontroverse tauchte auch im Zusammenhang mit den Jiang-/Obuchi-Verhandlungen in der japanischen Presse immer wieder die rhetorische Frage auf, wie oft und wie lange sich Japan eigentlich noch entschuldigen solle.

Jiang fühlte sich aber nicht nur durch die Demonstrationen, sondern auch durch das Verhalten der japanischen Regierung brüskiert, die sich weigerte, eine eindeutige schriftliche Entschuldigung für die Greuelthaten Japans während des Zweiten Weltkriegs in China zu unterzeichnen.

Die „Gemeinsame Erklärung“, die von beiden Seiten nicht unterzeichnet wurde, bestand im wesentlichen aus sechs Punkten:

- „Entschuldigung für die Kriegshandlungen“ – wörtlich: „Im tiefen Gefühl der Verantwortung für die schweren Leiden und den schweren Schaden, der dem chinesischen Volk durch den Einmarsch nach China während der Kriegszeit entstanden ist, drückt die japanische Seite ihr tiefes Bedauern aus. Die chinesische Seite hofft, daß die japanische Seite aus der Geschichte ihre Lehren zieht und in Zukunft am Pfad des Friedens und der Entwicklung festhält. Beide Seiten wollen auf dieser Basis freundschaftliche Beziehungen entwickeln.“
- Taiwan: Die japanische Seite bezieht sich hier auf ihre Position, wie sie im Dokument über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen von 1972 schriftlich niedergelegt wurde.
- Regelmäßige Besuche: Führende Politiker beider Seiten wollten dem Partner jedes Jahr einen Besuch abstatten. Außerdem werde zwischen beiden Regierungen ein heißer Draht eingerichtet. Die Beziehungen auf allen Ebenen sollen gefestigt

werden, besonders durch Besuche der Jugend.

- Wirtschaftsaustausch: Auf der Basis der Gegenseitigkeit errichten beide Parteien einen langandauernden und stabilen Wirtschaftsaustausch, vor allem im Bereich der Hochtechnologie, der Informationstechnologie, des Umweltschutzes, der Landwirtschaft und der Infrastruktur.
- Partnerschaft: Beide wollen bis weit ins 21. Jahrhundert hinein Beziehungen der Freundschaft und der Zusammenarbeit entwickeln.
- Nuklearwaffen: Beide Seiten wollen sich nicht an einer Weiterverbreitung von Nuklearwaffen beteiligen und rufen überdies die Länder der Welt auf, den Rüstungswettlauf und Nukleartests einzustellen.

Diese Erklärung beansprucht zwar Geltung, wurde aber, wie gesagt, nicht unterzeichnet.

Zwar bemühten sich die Vertreter Tokyos, „angebliche Meinungsverschiedenheiten“ herunterzuspielen: Unterschriften seien von Anfang an nicht geplant gewesen – ein leicht zu widerlegender Einwand: Waren doch alle anderen Grundsatzvereinbarungen zwischen beiden Seiten, vor allem die grundlegenden Dokumente aus dem Jahr 1972 und 1978 von beiden Seiten sehr wohl unterzeichnet worden!

Auch verwies die japanische Seite darauf, daß sich Ministerpräsident Obuchi bei Gesprächen mit Jiang mündlich entschuldigt habe, und zwar in ähnlicher Weise, wie dies zum 50. Jahrestags des Kriegsendes 1995 bereits von seiten des damaligen Ministerpräsidenten Murayama geschehen sei, der sein „tiefes Bedauern“ sowie eine „von Herzen kommende Entschuldigung“ für Japans Aggression ausgesprochen habe.

Jiang war aber offensichtlich mit der Absicht nach Japan gekommen, hier endlich etwas Präziseres und Solideres in die Hand zu bekommen – eine *schriftliche* Erklärung nämlich!

Auch Kaiser Akihito brachte beim Besuch Jiangs kein Wort der Entschuldigung hervor.

Sogar in der Taiwanfrage blieb Tokyo weit hinter den Erwartungen Beijings zurück. Jiang hatte eine kom-

promißlose Bestätigung seiner „Drei-Nein“-Politik erwartet: Japan solle erklären, daß es keine offiziellen Beziehungen zu Taiwan unterhalten, keine Anerkennung zweier chinesischer Staaten planen und keine Aufnahme Taiwans in solche internationale Organisationen zulassen wolle, die nur Staaten offenstehen.

US-Präsident Clinton hatte diesem Verlangen bei seinem Chinabesuch im Sommer 1998 stattgegeben, während Tokyo sich auch diesmal darauf beschränkte, auf das Dokument von 1972 zu verweisen, in dem Tokyo erklärt hatte, es „respektiere die Position Beijings, daß Taiwan ein unabtrennbarer Teil Chinas“ sei.

Noch im Vorfeld seiner Japanvisite hatte Jiang den Besuch als „historisches Ereignis“ angekündigt (XNA, 25.11.98). Nach der Rückkehr aus Japan gab es keinen solchen Kommentar mehr.

Ministerpräsident Zhu Rongji hatte die chinesisch-japanischen Beziehungen schon vorher auf *seine* Weise kommentiert: Seit mindestens einem halben Jahr lehnt er Gesprächsbitten japanischer Politiker ab, da sie, wie er hat wissen lassen, „langweilig und fruchtlos seien“ (SCMP, 24.11.98). Er habe es satt, Gespräche mit Japanern zu führen, die langatmig, hochzeremoniell und höchst neblig in der Aussage seien. Ein älterer japanischer Politiker habe einmal sogar ein Begrüßungsblatt aus der Tasche gezogen und ihm, Zhu, den Text daraus vorgelesen. Da seien die amerikanischen Besucher doch aus ganz anderem Holz geschnitzt: Sie gingen direkt auf das Thema zu. -we-

## 2 Jiang Zemin in Rußland; Besuch am Krankenbett Jelzins

Vom 22. bis 25. November reiste Jiang Zemin in seiner Eigenschaft als Staatspräsident zum 6. chinesisch-russischen Gipfeltreffen nach Moskau, wo er mit Regierungsmitgliedern Gespräche führte, vor allem aber dem erkrankten Staatspräsidenten Jelzin erkin, wie es taktvoll hieß, „inoffiziellen“ Besuch abstattete (XNA, 26.11.98). Fernsehaufnahmen zeigten einen aufgeräumt-heitern Jiang Zemin, der sich mit einem starren Jelzin im Krankenhaus unterhielt; die Szene wurde bezeichnenderweise nur im Bild, nicht jedoch im Ton wiedergegeben.

Das Gespräch dauerte gerade einmal eine Viertelstunde.

Jahrzehntelang, vor allem aber zwischen 1968 und 1985, hatte es zwischen den beiden Nachbarn China und Sowjetunion schwere Spannungen gegeben, die teilweise – Ussuri-Zwischenfall von 1969! – bis an den Rand des Krieges gingen. Mit dem Machtantritt Gorbatschows im Jahre 1985 hatten sich diese Spannungen dann aber gelegt, um schließlich, nach dem Untergang der Sowjetunion im Jahre 1991, einem geradezu partnerschaftlichen Verhältnis zu weichen, das als solches in der Tat dann ja auch 1996 offiziell bestätigt wurde. Zum großen Wendejahr entwickelte sich 1992: Am 31. Januar setzte sich Ministerpräsident Li Peng damals mit dem neugewählten russischen Präsidenten Jelzin am Rande einer Sitzung des UNO-Sicherheitsrats ins Benehmen. Vom 17. bis 19. Dezember 1992 besuchte Jelzin zum ersten Mal die VR China.

Insgesamt waren damals, beim ersten Beijing-Gipfel, nicht weniger als 24 Dokumente unterzeichnet worden, die sich auf den Abbau militärischer Bedrohungen, auf die Gründung beiderseitiger Beziehungen, auf Vertrauensbildung, auf Grenz-, Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturfragen bezogen.

„Gipfelkonferenzen“ wurden von nun an zu einem besonders wichtigen Austauschinstrument zwischen den beiden Nachbarn. Zu diesem Zweck kam Jelzin 1992, 1996 und 1997 nach China, während Jiang umgekehrt 1994, 1997 und jetzt – 1998 – Rußland besuchte. (Seit Dezember 1996 begann zusätzlich ein regelmäßiger – einjähriger – Besuchsreigen zwischen den Ministerpräsidenten beider Länder.)

Für die beiderseitige Zusammenarbeit war es bedeutsam, daß Rußland und China Mitglieder des Ständigen Sicherheitsausschusses der UNO sind – und in dieser Eigenschaft vor allem globale Sicherheitsfragen maßgebend beeinflussen können.

Anfang September 1994 kam Jiang Zemin zum ersten Mal als Staatspräsident nach Rußland und unterzeichnete dort zahlreiche Dokumente, u.a. eine Erklärung, derzufolge beide Seiten ihre strategischen Waffen fortan nicht mehr auf den anderen richten wollten. Gleichzeitig sollte die Militärpräsenz entlang der beiderseitigen Grenze auf einen möglichst niedrigen Stand heruntergefahren werden – wie

er gutnachbarlichen Beziehungen angemessen sei. Darüber hinaus kam es zu einem Abkommen über die Abgrenzung des Westsektors entlang der chinesisch-russischen Grenze.

Beim Chinabesuch Jelzins im Jahre 1996 einigten sich beide Seiten über den Aufbau einer „strategischen Partnerschaft“ im Hinblick auf das 21. Jahrhundert. Sie wollten sich fortan regelmäßig treffen. Beide Seiten konnten zusätzlich registrieren, daß mittlerweile auch der Ostsektor technisch abgegrenzt worden sei.

Beim Rußlandbesuch Jiangs im Jahre 1997 erklärten beide Parteien, an einer „Multipolarisierung der Welt“ und am „Aufbau einer neuen Weltordnung“ mitarbeiten zu wollen.

Und was war das Ergebnis des Gipfeltreffens von 1998? Im Gemeinsamen Kommuniqué vom 24. November heißt es dazu, daß die beiden Seiten durch die formelle Festlegung ihrer Grenzen ein „neues Modell der Grenzsicherheit auf dem asiatischen Kontinent“ geschaffen hätten, das nicht nur für die Behandlung von Grenzfragen, sondern auch für die Entmilitarisierung von Grenzregionen, für „Vertrauensbildung“ und für die „Verstärkung militärischer Transparenz“ vorbildlich sei (XNA, 25.11.98) – wieder einmal taucht hier also der Modellbegriff auf! Auch sonst wurden noch einige kleinere Abmachungen, vor allem wirtschaftlicher und technologischer Art, getroffen:

Erwähnt wurden z.B. mehrere gemeinsame Großprojekte, die als solche allerdings schon früher vereinbart wurden, so z.B. zur Errichtung eines chinesischen Atomkraftwerks mit russischer Beteiligung in Lianyungang und zum Bau einer Erdgasleitung von Ostsibirien über die Mongolei nach China.

Wahrscheinlich war auch von Waffenkäufen die Rede, ohne daß dies in den öffentlichen Verlautbarungen allerdings hervorgehoben worden wäre. Unter anderem soll sich China inzwischen für den Kauf von SU-30, d.h. Sukhoi-Kampfbombern, interessieren – möglicherweise auch für die noch fortschrittlichere SU-37.

Außerdem war von einem verstärkten Austausch der Bürger beider Seiten zu Lehr- und Lernzwecken die Rede. Ferner sagte Rußland zu, keine Waffen an Taiwan zu verkaufen.

Am Vorabend der Visite Jiangs hatte in Moskau eine Ausstellung ihre Tore

geöffnet, die einen Überblick über die Reformen in China geben sollte (XNA, 19.11.98). Hatte China zu Beginn der 50er Jahre noch von Rußland gelernt, so geht die Belehrung jetzt – in umgekehrter Richtung – also stillschweigend von China aus – zumindest dürfte dies die chinesische Absicht sein.

Am 23. November wurden zwei Abkommen unterzeichnet, nämlich über die Intensivierung der politischen Beziehungen sowie über Grenzregelungsergänzungen im Westabschnitt. Beim Westabschnitt handelt es sich um die Demarkation eines nur kurzen Korridors von kaum einmal 50 km im äußerst gebirgigen Pamir-Grenzbereich (vergl. Karte).

und sich nicht gegen Drittländer richtete. Immerhin aber wenden sich beide Seiten in dem Dokument gegen Versuche der USA, die Lösung des Kosovo-Problems unter Mißachtung der Souveränität Jugoslawiens und unter Umgehung des UNO-Sicherheitsrats anzustreben.

Nirgends wurden Fehlschläge bei den Außenwirtschaftsbeziehungen erwähnt. Dabei hatten beide Seiten noch bei ihrem Gipfeltreffen von 1996 betont, daß der bilaterale Handel bis zum Jahre 2000 von 6 auf 20 Mrd. US\$ hochgezogen werden solle – ein Ziel, das jetzt nicht einmal noch kleinlaut wiederholt wird.

„Große Themen“ standen beim 6. Gipfel also nicht mehr zur Debatte – die

und Bergwerksausrüstungen weiterbetrieben wurden – und zwar bis auf den heutigen Tag.

Unter allen asiatischen Staaten ist China längst der wichtigste Handelspartner von Nowosibirsk. Der Besuch Jiangs hatte also einen präzisen Stellenwert! -we-

### 3 Großes chinesisches Gesicht beim 6. APEC-Gipfel

Am 17. und 18. November fand in Kuala Lumpur die 6. Gipfelkonferenz der APEC statt, die im November 1989 gegründet worden war und inzwischen 21 Mitglieder hat – nämlich, in alphabetischer Reihenfolge: Australien, Brunei, Chile, China, SVZ Hongkong, Indonesien, Japan, Kanada, Südkorea, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Peru, die Philippinen, Rußland, Singapur, „Chinesisch Taipeï“, Thailand, die USA und Vietnam. Anders gegliedert: sieben ASEAN-Mitglieder, die „drei Chinas“, vier westliche OECD-Länder, drei lateinamerikanische Pazifikanlieger, zwei nordostasiatische Staaten sowie Papua-Neuguinea und Rußland.

Die APEC ist eine „informelle“ Gesprächsrunde für Regierungen und Staatsoberhäupter, und sie hat, ihrem Grundverständnis nach, ein Fundamentalanliegen, nämlich die Liberalisierung des Wirtschaftsaustausches unter den Pazifik („Pacific Rim“-Anliegern).

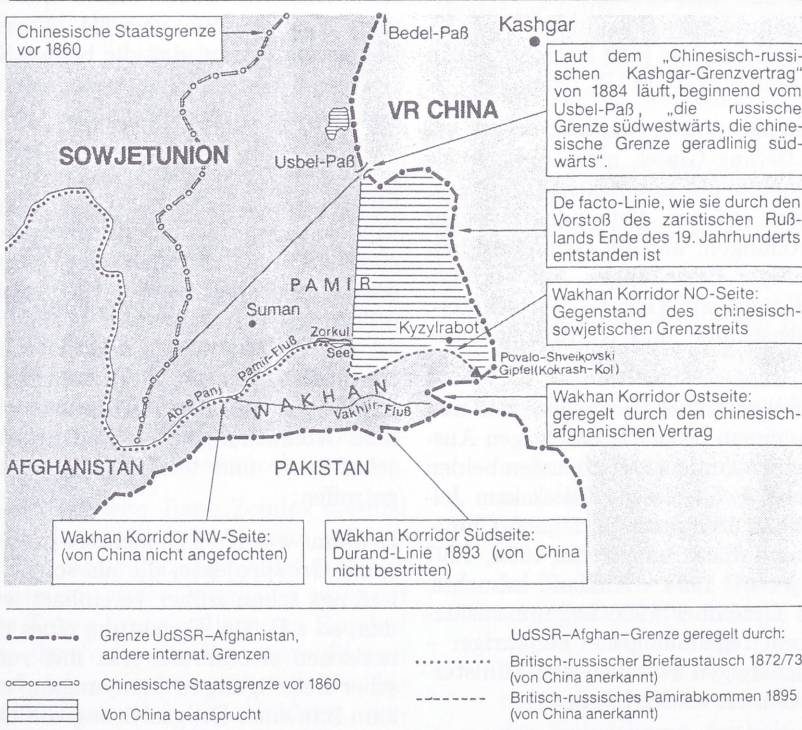
Ganz in diesem Sinne sind die bisherigen Gipfelkonferenzen auch verlaufen, wenngleich der Theorie meist wenig Praxis folgte.

Der 1. APEC-Gipfel fand 1993 im amerikanischen Seattle statt. Die Runde regte vor allem eine Revitalisierung des GATT (jetzt: der WTO) an, und zwar vor allem durch Liberalisierung des Austausches in 17 Produktionsbereichen.

Der 2. Gipfel in Bogor/Indonesien endete mit der „Bogor Declaration“, in der sich die Länder eine Freihandelszone bis 2010 für die hochentwickelten Teilnehmer und bis 2020 für die Entwicklungsstaaten zusagten.

Der 3. Gipfel in Osaka (1995) brachte zwei wichtige Ergebnisse, nämlich die Erklärung Chinas, daß es, beginnend mit dem Jahr 1996, Importzölle auf 30 Warengruppen absenken wolle; dies war die umfangreichste Liberalisierungskampagne der Volksrepublik

### Der Grenzstreit im Westsektor (Pamir) z.Z. der Sowjetunion



Quelle: Weggel, *Weltgeltung der VR China*, München 1986, S.84.

Insgesamt beläuft sich die Grenze zwischen den beiden Nachbarn auf 4.300 km – und zwar fast ausschließlich im Ostsektor, der seit 1994 unter Dach und Fach ist.

Allerdings gibt es immer noch einige Reststreitigkeiten bei der Abgrenzung von Inseln im Ussuri und Argun, die freilich kaum für größere Konflikte sorgen dürften.

Im „Intensivierungs“-Abkommen wird erneut betont, daß die „Strategische Zusammenarbeit“ kein Bündnis sei

wesentlichen Abmachungen waren ja bereits in den Jahren zwischen 1992 und 1996 getroffen worden. Insofern kann man vielleicht behaupten, daß es sich beim Gipfel von 1998 um ein Treffen „schlichter Normalität zwischen zwei Nachbarn“ gehandelt habe.

Zum Abschluß seiner Visite reiste Jiang noch in die drittgrößte russische Stadt, nach Nowosibirsk, die während des Zweiten Weltkriegs, als die westliche UdSSR durch deutsche Truppen besetzt wurde, als „Wissenschaftsstadt“ gegründet worden war, als eine Art Fluchtzentrum also, in dem Forschungen für Waffen, Turbinen, Chemikalien, Schwerindustrie

seit 1979. Außerdem nahm die Konferenz die „Osaka Action Agenda“ an, in der die drei „Hauptziele der APEC“ definiert wurden, nämlich „Liberalisierung von Handel und Investitionen“, „Geschäftserleichterung“ („business facilitation“) und „wirtschaftlich-technologische Zusammenarbeit“.

Der 4. Gipfel in Manila (1996) verabschiedete den „Manila Action Plan“, der die Ziele des Gipfels von Bogor konkretisieren sollte – und zwar in sechs Bereichen: besserer Marktzugang bei Gütern, besserer Marktzugang für Dienstleistungen, ein liberales Investitionsklima, reduzierte Geschäftskosten, effiziente Infrastruktur und verstärkte wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit. US-Präsident Clinton plädierte darüber hinaus für eine Liberalisierung von informationstechnologischen Produkten ab dem Jahr 2000, stieß damit allerdings auf erhebliche Vorbehalte der anderen APEC-Mitglieder.

Der 5. Gipfel in Vancouver (1997) konzentrierte sich auf ein Thema, das damals wie ein Orkan über Asien herein gebrochen war, nämlich die asiatische Finanzkrise. Die Teilnehmer stimmten darin überein, daß der IWF die zentralen Feuerwehrfunktion auch weiterhin ausüben solle. Darüber hinaus wurde eine Vereinbarung unter dem Titel „Early Voluntary Sectoral Liberalization“ getroffen, die 15 Produktbereiche umfassen sollte. Gleichzeitig wurde eine Blaupause für die „APEC-Zoll-Modernisierung“ mit Geltung ab 2002 angenommen.

Der 6. Gipfel stand, ebenso wie sein Vorgänger in Vancouver, unter denkbar ungünstigem Vorzeichen, da die Asienkrise immer noch andauerte und in der Zwischenzeit zu ärgerlichen Zwischenfällen in Asien geführt hatte, vor allem zu dem weltweit aufsehenerregenden Sturz Anwar Ibrahim durch Ministerpräsident Mahathir. Kaum ein anderer Ort hätte unter diesen Umständen als Austragungsort ungünstiger sein können als Kuala Lumpur.

Kein Wunder, daß es bereits zu Beginn des Gipfels zu Verstimmungen kam.

Der amerikanische Vizepräsident Al Gore, der anstelle Clintons erschienen war, tadelte das Vorgehen gegen Anwar Ibrahim – mit der Folge, daß die Beziehungen zum Hauptgastgeber Mahathir von vornherein frostig waren.

Zu allem Unglück war den malaysischen Gastgebern, die ein „Medienhandbuch“ anlässlich des Gipfels herausgegeben hatten, auch noch ein ärgerlicher Fehler unterlaufen: Der Vertreter Taiwans, nämlich der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaftsplanung und Entwicklung, Jiang Bingong, war nämlich als Leiter der „chinesischen“ Delegation bezeichnet worden – eine Majestätsbeleidigung, die Malaysia denn auch sofort offiziell korrigieren mußte (SCMP, 12.11.98).

Auch sonst wußte der zum Gipfel erschienene Jiang Zemin das Beste aus der verfahrenen Situation für sein Land herauszuholen. Er setzte sich nämlich an die Spitze einer Gruppe, die für die Errichtung eines APEC-Fonds für die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie plädierte – und damit einen Gedanken neu aufgriff, der bereits bei der APEC-Konferenz von 1993 angeregt und durch Gründung einer Sonderarbeitsgruppe im Jahre 1994 bestätigt worden war. China stelle dem Fond 10 Mio. US\$ zur Verfügung, erklärte Jiang. Die Initiative weckte bei anderen APEC-Mitgliedern „viel Lob“ (so XNA, 20.11.98).

Schon bei einer APEC-Konferenz in Beijing im Oktober 1995 hatte China der „APEC Agenda for Science and Technology Industry Cooperation into the 21st Century“ Rückenwind verschafft. Bisher sind im Rahmen des Projekts 65 Programme initiiert worden. An 13 nimmt China direkt teil.

In der „Kuala Lumpur Declaration“ vom 18. November 1998 wurde nun die „Sci-Tech Agenda“ offiziell verabschiedet, zusätzlich zu einem „Skills Development Action Plan“.

Aus chinesischer Sicht gelten die Handelsliberalisierung und die „wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit“ (ECOTEC) als die beiden Hauptsäulen der APEC (XNA, 21.11.98). Die Zusammenarbeit zur Stärkung dieser beiden Säulen erfolge nach drei Prinzipien – Freiwilligkeit, Flexibilität und Konsens (ebd.).

Außerdem nahm Jiang die Gelegenheit war, auch die zwischenpersönlichen Beziehungen zu anderen Politikern, vor allem zu Repräsentanten der ASEAN-Staaten, weiter zu stärken (XNA, 17.11.98).

Die chinesische Propaganda fand fast nur lobende Worte für das Treffen von Kuala Lumpur.

Ganz anders reagierten westliche Beobachter – und Geschäftsvertreter. Vor allem der PBEC (Pacific Basin Economic Council) übte von Hongkong aus scharfe Kritik an der APEC: Die APEC habe in ihren Anfangsjahren zwar zahlreiche wertvolle Anregungen geliefert, doch sei es fast immer nur bei Worten geblieben. Vor allem seit Beginn der Asienkrise träten viele APEC-Mitglieder eher als Bremser denn als Förderer der Liberalisierung auf. Um die Liberalisierung wäre es weitaus besser bestellt, gäbe es die APEC nicht (SCMP, 13.11.98). Auch andere Kommentatoren weisen darauf hin, daß die APEC neuerdings ihrem eigentlichen Anliegen, nämlich der Handelsliberalisierung, de facto zuwiderhandle – und sich damit den Teppich unter den Füßen wegziehe (SCMP, 14.11.98). Leider sei das Liberalisierungspaket, das bei der Vancouver-Konferenz beschlossen wurde und in dessen Vollzug vor allem neun Bereiche geöffnet werden sollten, immer wieder torpediert worden, und zwar mit allen möglichen Tricks (so SCMP, 19.11.98). Die APEC sei zu schwerfällig geworden und habe zuviele – inzwischen 21 – Mitglieder, die oft divergierende politische, kulturelle und wirtschaftliche Interessen verträten. Wie solle es da je zu einer einheitlichen Willensbildung kommen!?! (SCMP, 19.11.98.) -we-

#### 4 Weiterhin Probleme mit den Dissidenten

Am 5. Oktober hatte China den UN-Menschenrechtspakt unterzeichnet (Näheres dazu C.a., 1998/10, Ü 1). Schon kurze Zeit später kam die Probe aufs Exempel – und Beijing schlug wieder einmal mit dem Holzhammer zu.

Am 2. Dezember nämlich ließen die Behörden drei Bürgerrechtler verhaften, die sich in den letzten Wochen besonders demonstrativ um die Gründung einer *Minzhudang*, d.h. also einer „Demokratischen Partei“ bemüht hatten, die, käme sie auf die Beine, die erste formelle Oppositionspartei in der VR China wäre. Die Verhafteten waren Xu Wenli, einer der prominentesten Dissidenten der VR China, ferner Qin Yongmin und Wang Youcai. Xu und Wang wurden in Beijing mit der Anschuldigung festgenommen, die nationale Sicherheit zu gefährden. Qin Yongmin kam mit der gleichlautenden Begründung ebenfalls in Haft, und

zwar in der Yangzistadt Wuhan.

Daß diese Verhaftungen so schnell in aller Welt bekannt wurden – und dort große Schlagzeilen machten – war eine Folge der Öffentlichkeitsarbeit des in Hongkong ansässigen Informationszentrums für Menschenrechte und Demokratiebewegung – erneut ein Beweis dafür, daß die SVZ Hongkong durchaus eine Sonderstellung innerhalb der Volksrepublik hat, die nicht nur auf dem Papier steht.

In der westlichen Welt gab es sogleich Proteste. Die USA bezeichneten die Festnahme der Dissidenten als Schritt in die falsche Richtung. Das Außenministerium in Beijing forderte das Ausland daraufhin auf, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen – die übliche Abwehrreaktion.

Am 3. Dezember setzte sich der neue deutsche Außenminister Fischer demonstrativ mit dem mittlerweile in die USA exilierten – und zur Zeit auf Deutschlandtour befindlichen – Dissidenten Wei Jingsheng ins Benehmen. Beijing protestierte gegen diesen Schritt und wies darauf hin, daß er zu einer Verschlechterung der chinesisch-deutschen Beziehungen führen könne.

Bereits am 2. Dezember hatten 191 chinesische Menschenrechtsaktivisten in einem offenen Brief an die Regierung die Freilassung der drei festgenommenen Dissidenten gefordert. Sie warfen der KPCh-Führung Heuchelei vor. Beijing habe zwar Anfang Oktober den UNO-Menschenrechtspakt unterzeichnet, verstoße nun aber offen gegen grundlegende Prinzipien. Die Menschenrechtsslage in China verschlechtere sich ständig, hieß es in der Petition. -we-

---

## Innenpolitik

---

### 5 Regierung scheitert mit Gesetzesvorlage im Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses

Auf seiner 5. Sitzung (27. Oktober bis 4. November) hat der Ständige Ausschuß des IX. Nationalen Volkskongresses (NVK) eine Reihe von wichtigen Gesetzesvorlagen behandelt. (FZRB und RMRB, 28.10.-6.11.1998) Dabei wurde nach teils lebhaften Debat-

ten und Detailänderungen in den Entwurfsvorlagen das Gesetz über die Organisation der Dorfkomitees (*cunweihui zuzhifa*, siehe die separate Übersicht zu diesem Gesetz) verabschiedet und eine Entscheidung über die Novellierung des Adoptionsgesetz (*shouyangfa*) gebilligt. Außerdem stimmten die Delegierten mehreren internationalen Verträgen und personellen Umbesetzungen in Organen der Zentralregierung zu (siehe im Detail „Monthly Data“ im hinteren Teil dieses Heftes).

Hingegen erwiesen sich die Vorlagen über das Straßengesetz (*gonglu-fa*), das Gesetz über den Verwaltungseinspruch (*xingzheng fuyifa*), das Militärdienstgesetz (*bingyifa*), das Wertpapiergesetz (*zhengquanfa*) sowie das Vertragsgesetz (*hetongfa*) als noch nicht verabschiedungsreif und wurden vom Ständigen Ausschuß des NVK zur Wiedervorlage in einer der nächsten Sitzungen bestimmt.

Insbesondere die Neufassung des Straßengesetzes, für die mehrere Minister persönlich vor den Delegierten geworben hatten, traf auf scharfe Kritik im Ständigen Ausschuß des NVK. Einige prominente Delegierte – so zum Beispiel der ehemalige Parteisekretär und Gouverneur Hainans, Ruan Chongwu – schwangen sich mit vehementen Stellungnahmen zu Verteidigern der Interessen von lokalen Verwaltungen und bäuerlicher Bevölkerung auf.

Denn der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf sah eine Abschaffung von 216 (der 1996 insgesamt 249) verschiedenen Straßen- und Kraftwagengebühren vor, die von lokalen Verwaltungen in China erhoben werden und ihnen rund 116 Mrd. Yuan RMB einbringen. Statt dessen schlugen das Verkehrsministerium und das Finanzministerium die Erhebung einer neuen Treibstoffsteuer vor, die vornehmlich dem Haushalt der Zentralregierung zugute kommen soll. (XNA, 17.11.1998)

Die Delegierten kritisierten diesen Vorschlag jedoch offen als „Rückfall in die Planwirtschaft“, als Benachteiligung der lokalen Verwaltungen und darüber hinaus auch als unzumutbare Mehrbelastung für ländliche Haushalte, die auf günstige Treibstoffe angewiesen seien, ohne jedoch regelmäßig öffentliche Straßen zu benutzen. Die Aufteilung der Einnahmen aus der geplanten Treibstoffsteuer und Kompensationsmöglichkeiten für bäuerliche Haushalte müßten in einer Überar-

beitung des Straßengesetzes zunächst geklärt werden. Das überarbeitete Gesetz ist nun zur Wiedervorlage für die nächste Sitzung des Ständigen Ausschusses vorgesehen. -hei-

### 6 Gesetz über dörfliche Selbstverwaltungsorgane – Grenzen der Basisdemokratisierung

Der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses verabschiedete am 4. November das Gesetz über die Organisation der Komitees der Bewohner von Dörfern (*cunmin weiyuanhui zuzhifa*), das die dörflichen Selbstverwaltungsbefugnisse umfassend regeln soll. Dieses Gesetz, das bereits auf drei Sitzungen des Ständigen Ausschusses erörtert worden war und unter den Delegierten Kontroversen hervorrief, löst das vor zehn Jahren zur Probe (*shixing*) verabschiedete Vorläufergesetz ab und trat mit der Unterzeichnung und Bekanntmachung durch den Staatspräsidenten in Kraft. (Text in: RMRB, 5.11.1998)

An der Abfassung des Gesetzestextes durch das federführende Ministerium für Zivile Angelegenheiten hatten auch mehrere ausländische Berater mitgewirkt, die – zum Teil finanziert von westlichen Regierungen und Stiftungen – einen Beitrag zur Demokratisierung Chinas an der dörflichen Basis leisten wollten. Die Wahlen in Chinas Dörfern haben unter westlichen Entwicklungshilfeorganisationen und jüngst auch in den westlichen Medien eine beträchtliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Seit den achtziger Jahren wurden in den meisten Dörfern Chinas unter Kontrolle der Kommunistischen Partei geheime Direktwahlen von Dorfkomitees und Dorfvorstehern durchgeführt. Dabei kam es regional zu sehr unterschiedlichen Resultaten: In manchen wirtschaftlich und kulturell höher entwickelten Dörfern entwickelte sich tatsächlich ein lebendiges demokratisches Leben; in anderen Dörfern hingegen gewannen mit Hilfe der Wahlen archaische Klanstrukturen oder zahlungskräftige Unternehmerpersönlichkeiten die Führung; in vielen Dörfern wurden zwar Wahlen abgehalten, die zu wählenden Kandidaten aber wurden wie zuvor von Organen der Kommunistischen Partei bestimmt und unterstützt.

Das Experiment mit demokratischen Wahlen läßt sich als Reaktion der poli-